



Bundesregierung muss endlich wirksam gegen Menschenhandel vorgehen

Pressemitteilung von Annette Groth, 17. Oktober 2013

„DIE LINKE fordert die neue Bundesregierung auf, endlich gegen die menschenunwürdigen Zustände in der modernen Sklaverei vorzugehen und die Betroffenen wirksam zu schützen sowie ihre Rechte zu stärken. Dazu muss sie auch endlich die EU-Richtlinie gegen Menschenhandel umsetzen und die Verpflichtungen aus der Europaratskonvention zur Bekämpfung von Menschenhandel erfüllen“, so Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum ‚Europatag gegen Menschenhandel‘, der seit 2007 jedes Jahr am 18. Oktober stattfindet. Groth weiter:

„Es ist ein Skandal, dass Opfer, die ihre Peiniger anzeigen, mit Abschiebung rechnen müssen. Aus Angst schweigen sie. Dieses Schweigen nutzen ihre Ausbeuter und kassieren so ihre Profite weiter in Ruhe ein. Die kriminellen Organisationen und Menschenhändler verdienen durch ihre Machenschaften pro Jahr mehr als 25 Milliarden Euro.“

Nach Aussagen des CRIM-Komitees, ein Sonderausschuss des Europäischen Parlamentes, der das Organisierte Verbrechen, Geldwäsche und Korruption in Europa untersucht hat, werden etwa 880 000 Menschen in den Ländern der Europäischen Union in sklavenähnliche Ausbeutungsverhältnisse gezwungen und körperlich wie sexuell ausgebeutet.

DIE LINKE unterstützt deshalb den Vorschlag des Deutschen Instituts für Menschenrechte, einen umfassenden Gesetzentwurf gegen Menschenhandel vorzulegen.“